

Deutscher Landkreistag, Postfach 11 02 52, 10832 Berlin

An die
Bundesnetzagentur
Tulpenfeld 9
53113 Bonn

Ulrich-von-Hassell-Haus
Lennéstraße 11
10785 Berlin

Tel.: 0 30 / 59 00 97 – 3 21
Fax: 0 30 / 59 00 97 – 4 00

E-Mail: Klaus.Ritgen
@Landkreistag.de

AZ: II/21

Datum: 30.6.2009

nur per Mail an: 114-postfach@bnetza.de

Stellungnahme des Deutschen Landkreistages zum Konsultationsentwurf der „Eckpunkte über die regulatorischen Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung moderner Telekommunikationsnetze und die Schaffung einer leistungsfähigen Breitbandinfrastruktur“

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Deutsche Landkreistag als Repräsentant der 301 deutschen Landkreise bedankt sich für die Möglichkeit, zu den Eckpunkten über die regulatorischen Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung moderner Telekommunikationsnetze und die Schaffung einer leistungsfähigen Breitbandinfrastruktur Stellung nehmen zu können.

I.

Die flächendeckende Versorgung mit leistungsfähigen Breitbandnetzen zum schnellen Austausch von Informationen und Wissen ist zu einem wichtigen Standortfaktor geworden. Das Breitband-Internet erschließt neue Märkte und Angebote. Es sorgt für wirtschaftliches Wachstum sowie neue Arbeitsplätze. Für private Nutzer bedeutet Breitband mehr Komfort, größere Vielfalt und eine höhere Qualität der Inhalte. Das Internet ist die Grundlage für neue, innovative Dienste in Bereichen wie eGovernment, eHealth oder eLearning. Insbesondere die vom Deutschen Landkreistag vertretenen ländlichen Räume können von breitbandigen Internetzugängen und deren Möglichkeiten profitieren. Die gerade in ländlichen Räumen immer noch bestehenden Lücken in der Breitbandversorgung müssen umgehend geschlossen werden. Das ist eine unverzichtbare Voraussetzung für gleichwertige Lebensverhältnisse in städtischen und ländlichen Räumen.

Auch im Breitbandsektor gebührt Marktinitiativen der Vorrang. Nach der Liberalisierung der Telekommunikationsmärkte ist es in erster Linie Aufgabe der Unternehmen, alles zu tun, damit die noch verbliebenen Lücken in der Breitbandversorgung geschlossen werden können. Das setzt allerdings auch voraus, dass die Unternehmen Rahmenbedingungen vorfinden, die Planungssicherheit geben und Investitionen in moderne Breitbandinfrastrukturen – auch in ländlichen Räumen – fördern, ohne die Entwicklung des Wettbewerbs auf den Telekommunikationsmärkten zu behindern. Die Schaffung solcher Rahmenbedingungen hat die

Bundesregierung in ihrer Breitbandstrategie angekündigt. Mit der Vorlage ihrer Eckpunkte hat die Bundesnetzagentur (BNetzA) dazu einen wichtigen Schritt unternommen. Nicht nachvollziehbar ist allerdings, dass die BNetzA Regionen, in denen Nachfrager von Breitbandanschlüssen Zugang zu Breitbandanschlüssen haben, die eine Anschlussgeschwindigkeit von mindestens 386 kbit/s aufweisen, nicht als „weiße Flecken“ verstanden wissen will. Angesichts des ständig wachsenden Bedarfs, den moderne Anwendungen an die Übertragungsgeschwindigkeit des Internets stellen, reicht eine Anschlussgeschwindigkeit von nur 386 kbit/s heute nicht mehr aus, um von einer Grundversorgung zu sprechen. Ziel muss vielmehr eine flächendeckende Versorgung mit Breitbandanschlüssen sein, die Übertragungsraten von mindestens 1 Mbit/s zulassen. Dieser Wert liegt jetzt auch dem Breitbandatlass der Bundesregierung zu Grunde.

II.

Im Einzelnen ist auf Folgendes hinzuweisen.

1. Eine Reihe von Landkreisen unternimmt gegenwärtig Anstrengungen zum Aufbau hochleistungsfähiger Telekommunikations-Infrastrukturen, die Dritten gegen ein angemessenes Entgelt offen und diskriminierungsfrei zur Verfügung stehen sollen. Solche Infrastrukturen in der Hand öffentlicher Träger können immer dann im Interesse einer flächendeckenden Versorgung mit hochbitratigen Breitbandanschlüssen sinnvoll sein, wenn der Wettbewerb nicht, nicht schnell genug oder nicht in ausreichendem Umfang für eine Schließung der Lücken im Breitbandnetz sorgt. Der Deutsche Landkreistag begrüßt die Ankündigung der BNetzA, in solchen Fällen auf eine Regulierung zu verzichten (Eckpunkt 1). Auf diese Weise bleiben die Betreiber der betroffenen Netze von überflüssigem bürokratischem Aufwand verschont.
2. Der Deutsche Landkreistag teilt die Einschätzung der BNetzA, dass der erhebliche finanzielle Aufwand eines flächendeckenden Ausbaus von Glasfasernetzen von keinem Unternehmen – auch nicht von der Deutschen Telekom AG – alleine aufgebracht werden kann. Wir begrüßen es deshalb, dass die BNetzA ein geeignetes und wettbewerbskonformes Infrastruktur-Sharing unterstützen will, um einen beschleunigten Netzausbau auch in der Fläche zu ermöglichen (Eckpunkt 3). In diesem Zusammenhang ist auch auf den Infrastrukturatlass hinzuweisen, den die BNetzA derzeit erarbeitet. Der Deutsche Landkreistag ist bereit, die BNetzA bei diesem Vorhaben ebenso wie beim Aufbau einer Baustellendatenbank zu unterstützen. Auch die Verlegung von Leerrohren durch die Kommunen – und die finanzielle Förderung dieser Maßnahmen durch den Staat – kann einen wichtigen Beitrag zur Verringerung der Kosten eines flächendeckenden Glasfasernetzes leisten.
3. Unternehmen werden nur dann in den flächendeckenden Ausbau neuer Netze investieren, wenn sie eine angemessene Verzinsung des investierten Kapitals erwarten können. Deshalb besteht insbesondere in ländlichen Räumen ein enger Zusammenhang zwischen der Regulierung des Zugangs und der Zugangsentgelte sowie dem Ausbau neuer Netze. Eine Ausgestaltung der Zugangsregulierung, die dazu führt, dass Unternehmen, die alleine oder in Kooperation mit anderen in den Ausbau neuer Netze investieren, einseitig das Risiko solcher Investitionen zu tragen haben, wird sich als Hindernis auf dem Weg zu einem flächendeckenden Breitbandnetz erweisen. Zu Recht beschäftigt sich daher der größte Teil der von der BNetzA vorgelegten Eckpunkte des künftigen regulatorischen Rahmens für die neuen Netze mit der Ausgestaltung der Zugangsregulierung. Insgesamt setzt die BNetzA dabei – soweit erkennbar – nicht auf einen grundsätzlich veränderten Regulierungsansatz, sondern eher auf eine punktuelle Fortentwicklung des überkommenen Instrumentariums. Dieses Instrumentarium hat sich in der Vergangenheit bei der Öffnung des vorhandenen Netzes für den Wettbewerb fraglos bewährt. Ob es aber ohne eine grundsätzliche

Neuausrichtung auch geeignet ist, die notwendigen Anreize für den Aufbau neuer Infrastrukturen – gerade auch außerhalb der Ballungsgebiete – zu setzen und damit der Forderung der Bundesregierung nach einer „wachstums- und innovationsorientierten Regulierung“ Rechnung zu tragen, wird sich erst erweisen müssen. Der Deutsche Landkreistag fordert die BNetzA daher auf, die Auswirkungen des letztlich eingeschlagenen Regulierungspfades auf den Ausbau flächendeckend hochleistungsfähiger Netze laufend zu beobachten, um ggf. rechtzeitig gegensteuern zu können.

4. Der Deutsche Landkreistag begrüßt, dass die BNetzA kurzfristig ein NGA-Forum gründen wird, in dem unter ihrer Leitung hochrangige Vertreter der Telekommunikationsbranche sowie der Länder und Kommunen gemeinsam weitere Schritte zur Umsetzung der Breitbandstrategie der Bundesregierung entwickeln sollen. Der Deutsche Landkreistag ist gerne bereit, einen Vertreter in dieses Gremium zu entsenden. Wir unterstützen die Bundesregierung schon heute bei der Verwirklichung der in der Breitbandstrategie angekündigten Zielsetzungen. In diesem Zusammenhang ist z. B. auf die Breitbandkonferenz zu verweisen, die das Bundeswirtschaftsministerium am 22.6.2009 in Kooperation mit dem Deutschen Landkreistag und dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag veranstaltet hat. Bei dieser Veranstaltung konnten drei Landkreise erfolgreiche Ansätze zur Schließung von Lücken in der Breitbandversorgung in ihren jeweiligen Kreisgebieten präsentieren. Weitere Best Practice Beispiele finden sich auf der Homepage des Deutschen Landkreistag (www.landkreistag.de) in der Rubrik „Breitbandversorgung im ländlichen Raum“.
5. Der Deutsche Landkreistag unterstützt die Anregung der BNetzA an die Deutsche Telekom AG, einen Konzernbeauftragten für alle Fragen rund um den Breitbandausbau zu benennen, der direkt an den Konzernvorstand berichtet und insbesondere auch den Kommunen als Ansprechpartner zu Fragen des Breitbandausbaus dienen könnte. Ein solcher Ansprechpartner würde den Kommunikationsprozess zwischen den Kommunen und dem Unternehmen vereinfachen.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung



Dr. Ruge